

# Marxismus und Religion – einst und jetzt

von GILBERT ACHCAR

## Religionskritik bei Marx und Engels

Die theoretische (»philosophische«) Haltung des klassischen Marxismus zur Religion kombiniert drei sich ergänzende Elemente, deren Keim sich bereits in der Einleitung von *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* (1843–1844) des jungen Marx findet:

– Erstens eine Kritik der Religion als Faktor der Entfremdung. Der Mensch macht die Gottheit für ein Schicksal verantwortlich, das sie nicht verschuldet hat (»*Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen*«); er zwingt sich, Regeln und Verbote einzuhalten, die seine volle Entwicklung oftmals behindern; er unterwirft sich freiwillig religiösen Autoritäten, deren Legitimität entweder auf einer eingebildeten privilegierten Beziehung zur Gottheit oder auf ihrer Fachkenntnis im Bereich des religiösen Wissens beruht.

– Zweitens eine Kritik religiöser sozialer und politischer Lehren. Die Religionen sind ideologische Überbleibsel längst vergangener Epochen: Die Religion ist ein »*verkehrtes Weltbewusstsein*« – umso mehr als sich die Welt verändert. In vorkapitalistischen Gesellschaften entstanden, waren die Religionen fähig zu Erneuerungen – wie die protestantische Reformation in der Geschichte des Christentums –, die aber zwangsläufig partiell und beschränkt bleiben, solange eine Religion »heilige Schriften« verehrt.

– Drittens ein »Verstehen« (im weberschen Sinne) der psychologischen Rolle, die der religiöse Glaube für die Verdammten der Erde spielen kann. »*Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks.*«

Diese drei Überlegungen münden in der Sicht des klassischen Marxismus zu der bereits vom jungen Marx gezogenen Schlussfolgerung:

Die Aufhebung der Religion als des *illusorischen* Glücks des Volkes ist die Forderung seines *wirklichen* Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die *Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf*. Die Kritik der Religion ist also im *Keim* die *Kritik des Jammertales*, dessen *Heiligenschein* die Religion ist.<sup>1</sup>

Dennoch war für den klassischen Marxismus die Aufhebung der Religion keine notwendige Vorbedingung der sozialen Emanzipation. (Die Bemerkungen des jungen Marx lassen sich folgendermaßen lesen: Um Illusionen zu überwinden, muss man zuerst den Zustand überwinden, der »*der Illusionen bedarf*«.) Jedenfalls handelt es sich – wie in Bezug auf den Staat – nicht um die Abschaffung der Religion, sondern darum Bedingungen für ihr Erlöschen zu schaffen. Es geht nicht darum, das »*Opium des Volks*« zu verbieten, und erst recht nicht darum, jene zu bestrafen, die es konsumieren. Es geht nur darum, den privilegierten Beziehungen zwischen jenen, die damit handeln, und der Staatsgewalt ein Ende zu setzen, um ihren beherrschenden Einfluss auf die Köpfe zu verringern.

Drei Ebenen sind hier zu betrachten:

– Der klassische Marxismus, derjenige seiner Begründer, hat nicht verlangt, dass der Atheismus in das Programm der sozia-

len Bewegungen aufgenommen wird. Im Gegenteil, in seiner Kritik am Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge (1874) machte sich Engels lustig über ihre Absicht, die Religion per Dekret abzuschaffen. Seine Klarsicht wurde durch die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts vollständig bestätigt, so auch seine Bemerkungen, dass »Verfolgungen das beste Mittel sind, missliebige Überzeugungen zu befördern«, und dass »[d]er einzige Dienst, den man Gott heutzutage noch tun kann, der [ist], den Atheismus zum zwangsläufigen Glaubensartikel zu erklären...«<sup>2</sup>

– Der republikanische Laizismus, d. h. die Trennung von Kirche und Staat, ist andererseits ein notwendiges und unantastbares Ziel, das bereits Bestandteil des Programms der radikalen bürgerlichen Demokratie war. Aber auch hier ist es wichtig, Trennung nicht mit Verbot zu verwechseln, auch dann wenn es um Bildung und Erziehung geht. In seinem kritischen Kommentar zum Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie (1891) schlug Engels die folgende Formulierung vor:

Vollständige Trennung von Kirche und Staat. Alle religiösen Gemeinschaften ohne Ausnahme werden vom Staat als Privatgenossenschaften behandelt. Sie verlieren jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluss auf die öffentlichen Schulen.

Dahinter fügte er in Klammern den Kommentar an: »Man kann ihnen doch nicht verbieten, *eigene* Schulen aus *eigenen* Mitteln zu gründen und dort ihren Blödsinn zu lehren.«<sup>3</sup>

– Gleichzeitig muss die Arbeiterpartei den Einfluss der Religion ideologisch bekämpfen. Im oben zitierten Text von 1874 begrüßt Engels, dass die Mehrheit der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter für den Atheismus gewonnen werden konnte, und regt an, um möglichst viele davon zu überzeugen, die französische materialistische Literatur des 18. Jahrhunderts zu verbreiten.<sup>4</sup>

In seiner Kritik des Gothaer Programms der deutschen Sozialdemokratie (1875) erklärt Marx, dass die private Freiheit des Glaubens und der religiösen Praxis einzig als Ablehnung staatlicher Einmischung definiert werden sollte. Er formulierte das Prinzip folgendermaßen: »Jeder muss seine religiöse wie seine leibliche Notdurft verrichten können, ohne dass die Polizei ihre Nase hineinsteckt.« Gleichzeitig bemerkte er jedoch:

Aber die Arbeiterpartei musste doch bei dieser Gelegenheit ihr Bewusstsein darüber aussprechen, dass die bürgerliche »Gewissensfreiheit« nichts ist, außer der Duldung aller möglichen Sorten *religiöser Gewissensfreiheit*, und dass sie [die Partei] vielmehr die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien strebt.<sup>5</sup>

Der klassische Marxismus sah die Religion nur unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen der europäischen Gesellschaften zu ihren eigenen traditionellen Religionen. Er zog weder die Verfolgung religiöser Minderheiten in Betracht und schon gar nicht die Verfolgung von Religionen unterdrückter Völker durch Unterdrückerstaaten mit einer anderen Religion. In unserer Epoche, die durch den Fortbestand des kolonialen Erbes und seine Übertragung in die imperialen Metropolen selbst gekennzeichnet ist – in Form eines »internen Kolonialismus«, der seinen Ursprung darin hat, dass die Kolonisierten selbst ausgewandert sind, d. h. zu »Immigranten« wurden –, erlangt dieser Aspekt eine gewaltige Bedeutung.

In einem vom Rassismus, der natürlichen Folge des kolonialen Erbes, dominierten Kontext ist die Verfolgung der Religion der Unterdrückten, der ehemals Kolonisierten nicht nur abzulehnen, weil die Verfolgungen »das beste Mittel sind, missliebige Überzeugungen zu befördern«. Sie ist auch und vor allem abzulehnen, weil sie Ausdruck ethnischer oder rassischer

Unterdrückung ist, ebenso wenig tolerierbar wie Verfolgung und Diskriminierung politischer, juristischer und ökonomischer Art.

Gewiss können die religiösen Praktiken der kolonisierten Bevölkerungen als außerordentlich rückständig in den Augen der Bevölkerung der Metropolen erscheinen, deren materielle und wissenschaftliche Überlegenheit gerade auf dem Faktum der Kolonisierung beruht. Doch der Emanzipation der Kolonisierten ist nicht damit gedient, dass man ihnen gegen ihren Willen die Lebensweise der Bevölkerung in den Metropolen aufzwingt. Der Weg zur Hölle rassistischer Unterdrückung ist mit guten »zivilisatorischen« Absichten gepflastert, und wir wissen, wie sehr sich sogar die Arbeiterbewegung in der Kolonialära von wohlthätigen Ambitionen und philanthropischen Illusionen anstecken ließ.

Engels hatte jedoch vor diesem Kolonialyndrom gewarnt. In einem Brief an Kautsky vom 12. September 1882 formuliert er eine emanzipatorische Politik des Proletariats an der Macht, die vollkommen geprägt ist von einer unerlässlichen Vorsicht, damit die angestrebte Befreiung sich nicht in eine verhüllte Unterdrückung verwandelt:

... die bloß beherrschten, von Eingebornen bewohnten Länder, Indien, Algerien, die holländischen, portugiesischen und spanischen Besitzungen, [werden] vom Proletariat vorläufig übernommen werden und so rasch wie möglich der Selbständigkeit entgegengeführt werden müssen. Wie sich dieser Prozess entwickeln wird, ist schwer zu sagen, Indien macht vielleicht Revolution, sogar sehr wahrscheinlich, und da das sich befreiende Proletariat keine Kolonialkriege führen kann, würde man es gewähren lassen müssen, wobei es natürlich nicht ohne allerhand Zerstörung abgehen würde, aber dergleichen ist eben von allen Revolutionen unzertrennlich. Dasselbe könnte sich noch anderwärts abspielen, z. B. in Algerien und Ägypten, und wäre für uns sicher das Beste. Wir werden genug zu Hause zu tun haben. Ist Europa erst reorganisiert und Nordamerika, so gibt das eine so kolossale Macht und ein solches Exempel, dass die halbzivilisierten Länder ganz von selbst ins Schlepptau kommen; das besorgen allein schon die ökonomischen Bedürfnisse. Welche sozialen und politischen Phasen aber diese Länder dann durchzumachen haben, bis sie ebenfalls zur sozialistischen Organisation kommen, darüber, glaube ich, können wir heute nur ziemlich müßige Hypothesen aufstellen. Nur das eine ist sicher: das siegreiche Proletariat kann keinem fremden Volk irgendwelche Beglückung aufzwingen, ohne damit seinen eignen Sieg zu untergraben.<sup>6</sup>

Eine elementare Wahrheit, die jedoch oft ignoriert wurde: Jede mit Gewalt aufgezwungene »Beglückung« ist eine Unterdrückung, und sie kann von denen, die ihr unterworfen sind, auch nur so wahrgenommen werden.

## Das islamische Kopftuch

Die Frage des islamischen Kopftuchs (*hijab*) enthält alle oben aufgeführten Probleme in konzentrierter Form. Sie erlaubt uns, die marxistische Haltung in all ihren Aspekten zu skizzieren.

In den meisten Ländern, in denen der Islam die Religion der Mehrheit ist, ist die Religion noch die wichtigste Form der herrschenden Ideologie. Rückständige, mehr oder weniger wörtliche Interpretationen des Islam dienen dazu, ganze Bevölkerungen gefügig zu machen und in kultureller Rückständigkeit zu halten. Die Frauen unterliegen am massivsten und intensivsten einer jahrhundertalten Unterdrückung, die religiös legitimiert wird.

Unter diesen Umständen ist der ideologische Kampf gegen die Verwendung der Religion als Mittel der Unterwerfung ein

zentraler Bestandteil des Befreiungskampfes. Die Trennung von Religion und Staat muss für eine Bewegung des sozialen Fortschritts eine vordringliche Forderung sein. Die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte müssen für die Freiheit jeder und jedes Einzelnen in Bezug auf Unglauben, Glauben und religiöser Praxis kämpfen. Gleichzeitig bleibt der Kampf für die Befreiung der Frauen das Kriterium jedweder emanzipatorischen Identität, der Prüfstein jedes progressiven Anspruchs.

Einer der elementarsten Aspekte der Freiheit der Frauen ist ihre individuelle Freiheit, sich ihrem Wunsch entsprechend zu kleiden. Das islamische Kopftuch und erst recht die stärker verhüllenden Formen dieses Kleidungsstyps gehören, wenn sie den Frauen aufgezwungen werden, zu den zahlreichen Formen der alltäglichen sexuellen Unterdrückung – eine Form, die umso sichtbarer ist, da sie dazu dient, die Frauen unsichtbar zu machen. Der Kampf gegen das Gebot, das Kopftuch tragen zu müssen, ist nicht zu trennen vom Kampf gegen die anderen Aspekte der Versklavung der Frauen.

Doch der Emanzipationskampf wäre drastisch diskreditiert, würde er die Frauen durch Ausübung von Zwang zu »befreien« suchen – nicht in Hinblick auf die Unterdrücker, sondern in Hinblick auf die Frauen selbst. Freiwillig getragene religiöse Kleidung gewaltsam zu entreißen – auch wenn man der Meinung ist, dass ihr Tragen eine freiwillige Knechtschaft zum Ausdruck bringt – ist ein Akt der Unterdrückung und nicht ein Akt realer Befreiung. Es ist darüber hinaus ein zum Scheitern verurteiltes Unterfangen, wie Engels es vorhergesehen hatte: Das Schicksal des Islam in der ehemaligen Sowjetunion wie auch die Entwicklung der Türkei illustrieren deutlich die Sinnlosigkeit jedes Versuchs, die Religion oder religiöse Praktiken durch Zwang auszuradieren.

»Jeder« – und jede – »muss seine religiöse wie seine leibliche Notdurft verrichten können« – die Frauen den *hijab* tragen oder die Männer sich den Bart wachsen lassen –, »ohne dass die Polizei ihre Nase hineinsteckt.« Diese elementare individuelle Freiheit zu verteidigen ist eine unerlässliche Bedingung für einen wirksamen Kampf gegen das religiöse Diktat. Das Verbot des *hijab* legitimiert paradoxerweise den Akt seiner Erzwingung in den Augen derjenigen, die ihn als Glaubensartikel betrachten. Nur die Prinzipien der Gewissensfreiheit und der strikt individuellen religiösen Praxis, ob in Bezug auf Bekleidung oder etwas anderes, und die Respektierung dieser Prinzipien durch weltliche Regierungen erlauben eine legitime und erfolgreiche Opposition gegenüber religiösem Zwang. Der Koran selbst proklamiert: »Kein Zwang in der Religion!«

Darüber hinaus ist das im Namen des Laizismus ausgesprochene Verbot, das islamische Kopftuch oder andere religiöse Zeichen an öffentlichen Schulen zu tragen, eine ausgesprochen kontraproduktive Haltung, denn sie begünstigt paradoxerweise – zumindest solange die Freiheit der Schulbildung nicht in Frage gestellt wird – die Verbreitung religiöser Schulen.

## Die französische Diskussion

In einem Land wie Frankreich, wo der Islam lange Zeit die dominierende Religion der »indigenen« Bevölkerung der Kolonien gewesen ist und seit Jahrzehnten die Religion der großen Mehrheit der »kolonisierten« Immigranten ist, muss jede Verfolgung der islamischen Religion – die zweitgrößte Religionsgemeinschaft mit einem weit niederen Status als die anderen – bekämpft werden. Der Islam ist in Frankreich im Vergleich zu den dort seit Jahrhunderten präsenten Religionen benachteiligt.

ligt. Er ist einer krassen Diskriminierung ausgesetzt, seine Kultstätten ebenso wie die starke Vormundschaft, die der von kolonialer Mentalität geprägte französische Staat ihm auferlegt. Der Islam ist eine Religion, die Tag für Tag in den französischen Medien diffamiert wird, und das in einer Art, wie sie heute glücklicherweise gegenüber der früheren Hauptzielscheibe des Rassismus, dem Judentum, nach dem Genozid der Nazis und der Komplizenschaft des Vichy-Regimes nicht mehr möglich ist. Eine durch die Medien gefilterte Mischung aus Unwissenheit und Rassismus transportiert das Bild einer islamischen Religion, die angeblich immanent ungeeignet für die Moderne ist, sowie ein Amalgam aus Islam und Terrorismus, das durch den unpassenden Gebrauch des Begriffs »Islamismus« als Synonym für den islamischen Fundamentalismus gefördert wird.

Gewiss ist der offizielle und vorherrschende Diskurs nicht offen feindselig. Er gibt sich sogar wohlwollend und wendet dabei den Blick auf die beträchtlichen Interessen des französischen Großkapitals – Erdöl, Waffen, Bauindustrie usw. – in den islamischen Ländern. Doch die koloniale Herablassung gegenüber Muslimen und Musliminnen und ihrer Religion ist für diese ebenso unerträglich wie die offen rassistische Feindseligkeit. Der koloniale Geist ist in Frankreich nicht auf die Rechte beschränkt. Er ist schon lange in der französischen Linken verwurzelt, die in ihrer Geschichte stets gespalten war zwischen einem Kolonialismus, in dem sich eine rassistisch geprägte herablassende Art mit einem paternalistischen Gehabe vermischt und einer Tradition des militanten Antikolonialismus.

Schon zu Beginn der Spaltung der französischen Arbeiterbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten entstand bei den Kommunisten der Metropole (nicht zu reden von den französischen Kommunisten in Algerien) ein rechter Flügel, der sich besonders durch seine Position zur kolonialen Frage unterschied. Die rechten Kommunisten verrieten ihre antikolonialistische Haltung, als es 1925, unter der Leitung des religiösen Hauptes und Stammesführers Abd el-Krim, zum Aufstand gegen die französischen Truppen im marokkanischen Rif-Gebirge kam. Die Stellungnahme, die Jules Humbert-Droz dazu gegenüber dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale abgab, behält auch jetzt noch eine gewisse Relevanz:

Die Rechte [der Kommunistischen Partei] hat gegen die Losung der Verbrüderung mit der aufständischen Armee im Rif protestiert und dabei die Tatsache hervorgehoben, dass sie nicht denselben Grad der Zivilisation wie die französischen Truppen aufweisen und man sich nicht mit halbbarbarischen Stämmen verbrüdern könne. Sie ist noch weiter gegangen und schrieb, dass Abd el-Krim religiöse und soziale Vorurteile hat, die man bekämpfen müsse. Zweifellos müssen wir den Panislamismus und den Feudalismus der Kolonialvölker bekämpfen, aber wenn der französische Imperialismus den Kolonialvölkern an die Kehle geht, besteht die Rolle der Kommunistischen Partei nicht darin, die Vorurteile der kolonialen Stammesführer zu bekämpfen, sondern unaufhörlich gegen die Raubgier des französischen Imperialismus zu kämpfen.

Die Aufgabe der Marxistinnen und Marxisten in Frankreich ist es, unaufhörlich die rassistische und religiöse Unterdrückung, die von der imperialen Bourgeoisie und ihrem Staat ausgeübt wird, zu bekämpfen, noch bevor sie sich gegen die religiösen Vorurteile innerhalb der Immigrant\*innenbevölkerung wendet.

Wenn sich der französische Staat damit beschäftigt, die Art und Weise zu regulieren, in der sich junge muslimische Frauen kleiden, und jene von der Schule ausschließt, die darauf bestehen, das islamische Kopftuch zu tragen; wenn diese dann

zur Zielscheibe einer politischen und medialen Kampagne werden, die weit über das Ausmaß des betreffenden Phänomens hinausgeht und damit ihren als islamophob oder rassistisch wahrgenommenen repressiven Charakter enthüllt, unabhängig davon, welche Absichten dahinter stehen; wenn derselbe Staat die offenkundige Ausbreitung kommunitärer religiöser Erziehung durch wachsende Subventionen für privaten Unterricht begünstigt und so die Spaltung zwischen den ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung vertieft – dann ist es die Aufgabe der Marxistinnen und Marxisten, in Anbetracht all dessen was zuvor angeführt wurde, sich dem entschieden zu widersetzen.

Für einen großen Teil derjenigen, die sich in Frankreich Marxisten nennen, ist dies nicht der Fall gewesen. In der Frage des islamischen Kopftuchs ist die Position der *Ligue de l'Enseignement*, deren laizistisches Engagement über jeden Verdacht erhaben ist, viel mehr im Einklang mit dem authentischen Marxismus als die zahlreicher Organe, die sich auf den Marxismus berufen. So heißt es in der Erklärung der Ligue de l'Enseignement, die sie bei ihrer Generalversammlung in Troyes im Juni 2003 verabschiedete:

Die Ligue de l'Enseignement, deren gesamte Geschichte gekennzeichnet ist von einer ständigen Tätigkeit für den Laizismus, ist der Auffassung, dass es unangebracht ist, Gesetze über das Tragen religiöser Symbole zu verabschieden. Jegliches Gesetz wäre entweder überflüssig oder unmöglich durchzusetzen. Das Risiko ist dafür eindeutig. Welche Vorsichtsmaßnahmen auch immer ergriffen werden, so besteht doch kein Zweifel, dass das was man damit erreicht, ein Verbot ist, das letztlich die muslimische Bevölkerung stigmatisiert ... Jene, die das Tragen eines religiösen Symbols zum Argument in einem politischen Kampf machen wollen, wird der Ausschluss aus den staatlichen Schulen nicht daran hindern, sich anderswo einzuschulen, in Institutionen, in denen es sehr wahrscheinlich ist, dass sie sich in ihrer Haltung bestätigt und gestärkt fühlen ... Die Integration aller Bürger, unabhängig von ihren Ursprüngen und ihren Überzeugungen, geschieht durch die Anerkennung kultureller Unterschiede, die sich im Rahmen der Gleichbehandlung ausdrücken muss, die die Republik allen gewähren muss. Auf dieser Grundlage müssen Muslime, wie andere Gläubige auch, von der Religionsfreiheit profitieren können, bei Respektierung der Regeln, die eine pluralistische und zutiefst laizistische Gesellschaft auferlegt. Insbesondere der Kampf für die Emanzipation junger Frauen verläuft vorrangig über ihren Schulbesuch und die Respektierung ihrer Gewissensfreiheit und Autonomie: Wir dürfen sie nicht zu Geiseln einer ansonsten notwendigen ideologischen Debatte machen. Um gegen das Abschotten der Identität anzukämpfen, sind eine laizistische Pädagogik, der Kampf gegen Diskriminierung und für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit effektivere Mittel als ein Verbot.

In einem Bericht vom 4. November 2003, der der Kommission zur Durchsetzung des Prinzips des Laizismus in der Republik vorgelegt wurde, macht die Ligue de l'Enseignement treffende Aussagen über den Islam und darüber, wie er in Frankreich dargestellt wird, woraus hier nur einige Auszüge zitiert werden:

Der Widerstand und die Diskriminierung, auf die die »muslimischen Bevölkerungen« in der französischen Gesellschaft treffen, beruhen im Wesentlichen nicht, wie oft gesagt wird, auf der mangelnden Integration dieser Bevölkerungen, sondern sehr wohl auf der Art der Darstellung und der Haltung der Mehrheit, die weitgehend aus einem alten historischen Erbe herrühren.

Erstere sind auf die Weigerung zurückzuführen, den Beitrag der arabisch-muslimischen Zivilisation zur Weltkultur und zu unserer eigenen westlichen Kultur anzuerkennen...

Zu dieser Verschleierung und Ablehnung kam noch das koloniale Erbe hinzu ... das Träger einer tiefen und lang anhaltenden Tradition von Gewalt, Ungleichheit und Rassismus ist, die durch die Schwierigkeiten der Entkolonialisierung sowie durch den Krieg in Algerien verstärkt wurde. Die ethnische, soziale, kulturelle und re-

ligiöse Unterdrückung der einheimischen muslimischen Bevölkerungen der französischen Kolonien war eine ständige Praxis, die bis zu Einschränkungen ihres legalen Status reichte. Somit wurde der Islam als ein Element des Personenstands betrachtet und nicht als eine Religion, für die das 1905 verabschiedete Gesetz über die Trennung [von Kirche und Staat] gilt.

Während der gesamten Kolonialzeit wurde das Prinzip des Laizismus niemals auf die einheimischen Bevölkerungen und ihre Religion angewandt – wegen der Weigerung der Koloniallobby und trotz der Forderung der *ulema*, die verstanden hatten, dass das laizistische Regime ihnen die Religionsfreiheit zurückgeben würde. Es ist daher nicht überraschend, dass der Laizismus für Muslime lange Zeit als Synonym für koloniale Gedankenpolizei galt. Wie könnte man glauben, dass dies nicht tiefe Spuren hinterlässt, bei den vormals kolonisierten ebenso wie beim kolonisierenden Land? Wenn viele Muslime heute noch die Auffassung vertreten, dass der Islam das öffentliche und private Verhalten regeln soll, und bisweilen in diese Richtung tendieren, ohne dafür ein Gesetz über den Personenstand zu fordern, dann deshalb, weil Frankreich und die laizistische Republik sie über Generationen dazu gebracht haben.

Wenn viele Franzosen, auch unter den Bestausgebildeten und jenen die in der Öffentlichkeit eine verantwortungsvolle Position haben, sich erlauben, abwertende Bemerkungen über den Islam zu machen, wobei ihre Unwissenheit mit ihrer Dummheit wetteifert, dann deshalb, weil sie sich, meist unbewusst und sich dagegen verwehrend, dieser Tradition kolonialer Verachtung verschrieben haben.

Ein dritter Aspekt verhindert, dass der Islam auf gleicher Ebene betrachtet wird: als transplantierte Religion ist er auch eine Religion der Armen. Im Unterschied zu den jüdisch-christlichen Religionen, deren praktizierende Gläubige sich in Frankreich auf die gesamte soziale Stufenleiter verteilen, und insbesondere im Unterschied zum Katholizismus, der historisch in die herrschende Klasse integriert ist, befinden sich die Muslime, ob als französische Bürger oder als Immigranten, die in Frankreich leben, in ihrer großen Mehrheit am unteren Ende der sozialen Leiter. Auch hier wirkt sich die koloniale Tradition aus, da zur kulturellen Benachteiligung der einheimischen Bevölkerung, die wirtschaftliche Ausbeutung kam. Diese hat auch lange sehr intensiv die erste Generation von Immigranten betroffen, während heute ihre Nachfolger die ersten Opfer der Arbeitslosigkeit und der Verdrängung an den Stadtrand sind. Die soziale Verachtung und die Ungerechtigkeit, von der diese sozialen Kategorien betroffen sind, wirken sich auf alle Aspekte ihrer Existenz aus, einschließlich der religiösen Dimension. Man stößt sich nicht am Kopftuch des weiblichen Raumpflegepersonals in den Büros: es löst erst Empörung aus, wenn es mit Stolz von Mädchen und jungen Frauen getragen wird, die in Ausbildung sind, oder von Frauen, die der Kategorie der leitenden Angestellten angehören.<sup>7</sup>

Mit der Erwähnung jener, »die das Tragen eines religiösen Symbols zum Argument in einem politischen Kampf machen wollen«, spielt die Ligue de l'enseignement natürlich auf den islamischen Fundamentalismus an. Die Ausbreitung dieses politischen Phänomens bei Menschen mit muslimischen Migrationshintergrund im Westen – nach seiner starken Ausbreitung in islamischen Ländern in den vergangenen dreißig Jahren – ist in Frankreich das bevorzugte Argument für jene gewesen, die das islamische Kopftuch verbieten wollen. Das Argument hat eine reale Basis: Wie der christliche, jüdische, hinduistische oder sonstige Fundamentalismus, der eine puritanische Interpretation der Religion als eine Lebensregel, wenn nicht gar Regierungsweise aufzwingen will, ist der islamische Fundamentalismus eine reale Gefahr für den sozialen Fortschritt und die Befreiungskämpfe. Indem eine sorgfältige und klare Unterscheidung getroffen wird zwischen der Religion als solcher und ihrer fundamentalistischen Interpretation, der reaktionärsten von allen, ist es unerlässlich, den islamischen Fundamentalismus ideologisch und politisch, in den islamischen Ländern wie auch unter den muslimischen Minderheiten im Westen oder anderswo zu bekämpfen.

Dies kann jedoch nicht als Argument für ein vom Staat verordnetes Verbot des islamischen Kopftuchs erhalten: die Ligue de l'enseignement hat die Gründe dafür auf überzeugende Weise dargelegt. Die Islamophobie ist objektiv die beste Verbündete des islamischen Fundamentalismus: ihr beider Wachstum geht Hand in Hand. Je mehr die Linke den Eindruck macht, dass sie in den Chor der herrschenden Islamophobie einstimmt, desto mehr wird die muslimische Bevölkerung ihr gegenüber auf Distanz gehen und desto mehr wird sie so die Arbeit der islamischen Fundamentalisten erleichtern, die als die einzigen erscheinen werden, die den Protest der betreffenden Bevölkerungen gegen »das wirkliche Elend« zum Ausdruck bringen können.

Der islamische Fundamentalismus ist jedoch heterogen, und entsprechend der jeweiligen konkreten Situation sollten verschiedene Taktiken angewandt werden. Wenn dieser Typus eines sozialen Programms von einer repressiven Macht und ihren Verbündeten vertreten wird, um die bestehende Unterdrückung zu legitimieren, wie im Fall der zahlreichen Despoten mit islamischem Antlitz; oder wenn er eine politische Waffe der Reaktion wird, die gegen eine progressive Macht kämpft, wie es in der arabischen Welt in den 50er bis 70er Jahren der Fall war, als der islamische Fundamentalismus die Speerspitze der reaktionären Opposition gegenüber dem ägyptischen Nasserismus und seinen Nacheiferern war – dann ist die einzig angemessene Haltung die der unerbittlichen Gegnerschaft gegenüber den Fundamentalisten.

Anders ist es, wenn der islamische Fundamentalismus die Rolle eines politisch-ideologischen Kanals für eine Sache spielt, die objektiv progressiv ist – ein deformierter Kanal, gewiss, aber durch ihn wird die Lücke gefüllt, die durch das Versagen oder das Fehlen linker Bewegungen hinterlassen wurde. Dies ist dort der Fall, wo islamische Fundamentalisten gegen eine fremde Besatzung kämpfen (Afghanistan, Libanon, Palästina, Irak usw.), gegen eine ethnische oder rassische Unterdrückung oder auch dort, wo die Fundamentalisten den Hass der Massen auf ein politisch reaktionäres und repressives Regime verkörpern. Das gilt auch für den islamischen Fundamentalismus im Westen, wo sein Aufstieg im Allgemeinen Ausdruck einer Rebellion gegen das der eingewanderten Bevölkerung zugegedachte Schicksal ist.

Tatsächlich kann der islamische Fundamentalismus wie die Religion generell »in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die *Protestation* gegen das wirkliche Elend« sein – mit dem Unterschied, dass in diesem Fall der Protest ein aktiver ist: Er ist nicht das »Opium« des Volkes, sondern eher das »Heroin« für einen Teil des Volkes, ein Derivat des »Opiums«, das dessen narkotisierende Wirkung durch eine ekstatische Wirkung ersetzt.

In all diesen Situationen ist es erforderlich, eine taktische Haltung einzunehmen, die den Umständen des Kampfes gegen den Unterdrücker, den gemeinsamen Feind, angemessen ist. Während man niemals den ideologischen Kampf gegen den verheerenden Einfluss des islamischen Fundamentalismus aufgeben darf, kann es notwendig oder unvermeidlich sein, mit den islamischen Fundamentalisten in gemeinsamen Kämpfen zusammenzuarbeiten – je nach Fall kann dies von einfachen Demonstrationen bis zum bewaffneten Widerstand reichen.

## Die britische Diskussion

Die islamischen Fundamentalisten können objektive und situationsbedingte Verbündete in einem von Marxisten geführten Kampf sein. Es handelt sich jedoch um eine unnatürliche Allianz, die durch die Umstände erzwungen wird. Die Regeln, die für weitaus natürlichere Allianzen gelten, wie jene die im Kampf gegen den Zarismus in Russland praktiziert wurden, sind hier erst recht zu beachten, und zwar in noch strikterer Weise.

Diese Regeln wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts von den russischen Marxisten klar definiert. In seinem im Januar 1905 verfassten Vorwort zu Trotzki's Broschüre *Vor dem 9. Januar* fasste Parvus sie folgendermaßen zusammen:

Vereinfacht gesagt können im Fall des gemeinsamen Kampfes mit gelegentlichen Verbündeten folgende Punkte zur Anwendung kommen:

- 1) Keine Vermischung der Organisationen. Getrennt marschieren, aber vereint schlagen.
- 2) Nicht die eigenen politischen Forderungen aufgeben.
- 3) Nicht die unterschiedlichen Interessen verbergen.
- 4) Auf den Verbündeten achten, wie man auf einen Feind achtet.
- 5) Sich mehr bemühen, die durch den Kampf geschaffene Situation auszunutzen, als einen Verbündeten zu behalten.

»Parvus hat tausendmal Recht«, schrieb Lenin in einem im April 1905 in der Zeitung *Wperjod* erschienenen Artikel, »wenn er sagt, dass die Sozialdemokratie ... sich nicht scheuen dürfe, Hand in Hand mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie dem Feind gemeinsame ›Schläge‹ zu versetzen, unter der unerlässlichen (sehr zeitgemäß in Erinnerung gebrachten) Bedingung, dass die Organisationen nicht vermengt werden; getrennt marschieren, vereint schlagen; die Verschiedenartigkeit der Interessen nicht verheimlichen; auf seinen Verbündeten wie auf seinen Feind aufpassen usw.«<sup>8</sup>

Der Führer der Bolschewiki zählte diese Bedingungen im Laufe der Jahre mehrmals auf. Dieselben Prinzipien wurden unablässig von Trotzki verteidigt. In seiner 1928 verfassten Kritik des Programmentwurfs der Kommunistischen Internationale schrieb er, zum Thema der Bündnisse mit der chinesischen Guomindang polemisierend, die folgenden für die hier diskutierte Frage besonders aktuellen Zeilen:

Es ist längst gesagt worden, dass rein praktische Vereinbarungen, also solche, die uns nicht im geringsten Maße binden und politisch zu nichts verpflichten, wenn das im entsprechenden Augenblick vorteilhaft ist, selbst mit dem Teufel geschlossen werden können. Doch wäre es unsinnig zu verlangen, dass der Teufel in solchen Fällen *generell* zum christlichen Glauben überzugehen habe, und seine Hörner ... ausschließlich für wohltätige Zwecke einzusetzen habe. Wenn wir mit solchen Forderungen auftreten, handeln wir im Grunde bereits als *Advocatus Diaboli*, drängen uns dem Teufel als Pate auf.<sup>9</sup>

Viele Trotzkiisten tun in ihren Beziehungen zu islamisch-fundamentalistischen Organisationen genau das Gegenteil von dem, was Trotzki befürwortete. Nicht in Frankreich, wo die Trotzkiisten in ihrer Mehrheit wie bereits dargelegt den Bogen in die andere Richtung überspannen, sondern auf der anderen Seite des Kanals, in Großbritannien. Die britische radikale Linke hat das Verdienst, gegenüber den muslimischen Bevölkerungen eine weitaus größere Offenheit an den Tag gelegt zu haben als die französische radikale Linke. Sie hat beeindruckende Mobilisierungen unter massiver Beteiligung von zur muslimischen Immigration gehörenden Menschen gegen die Kriege in Afghanistan und im Irak, an der ihre Regierung beteiligt

ist, organisiert. In der Antikriegsbewegung ist sie sogar so weit gegangen, sich mit einer vom Fundamentalismus inspirierten muslimischen Organisation zu verbünden, der *Muslim Association of Britain* (MAB). Diese ist der britische Arm der größten »gemäßigten« islamisch-fundamentalistischen Bewegung im Nahen Osten, der Moslebrüderschaft (die in den Parlamenten einiger Länder vertreten ist).

Im Prinzip ist eine solche Allianz für begrenzte Ziele nicht zu verurteilen, unter der Bedingung, dass die oben angeführten Regeln strikt eingehalten werden. Das Problem stellt sich allerdings dann, wenn gerade diese Organisation, die weit davon entfernt ist, die große Masse der in Großbritannien lebenden Muslime zu repräsentieren, als privilegierter Verbündeter behandelt wird. Im Allgemeinen haben die britischen Trotzkiisten während ihres Bündnisses mit der MAB in der Antikriegsbewegung dazu tendiert, genau das Gegenteil davon zu machen, was oben angeführt wurde, das heißt: 1) die Banner und Transparente zu vermischen – im eigentlichen wie im übertragenen Sinn; 2) die Bedeutung derjenigen Elemente ihrer politischen Identität herunterzuspielen, an denen ihre aktuellen fundamentalistischen Verbündeten Anstoß nehmen könnten; und schließlich 3) diese vorübergehenden Verbündeten so zu behandeln, als ob sie strategische Verbündete wären, indem sie diejenigen als »Antiimperialisten« bezeichneten, deren Welt-sicht mehr dem Zusammenstoß von Zivilisationen als dem Klassenkampf entspricht.

Diese Tendenz verschärfte sich noch mit dem Übergang von einem Bündnis im Rahmen einer Antikriegsmobilisierung zu einem Wahlbündnis. Die MAB als solche trat zwar nicht der von den britischen Trotzkiisten angeregten Wahlkoalition RESPECT bei – ihre fundamentalistischen Prinzipien hinderten sie daran, einem linken Programm zuzustimmen. Aber das Bündnis zwischen der MAB und RESPECT fand seinen Niederschlag in der Kandidatur eines prominenten Führers der MAB, des Ex-präsidenten und Sprechers der Organisation, auf der Liste von RESPECT.

Damit gelangte die Allianz *de facto* auf eine qualitativ höhere Ebene, die aus marxistischer Sicht absolut zu verurteilen ist: Während es tatsächlich legitim sein kann, mit Gruppen oder Individuen, die ansonsten eine fundamental reaktionäre Vorstellung von der Gesellschaft vertreten, »rein praktische Vereinbarungen« einzugehen, »die uns nicht im geringsten Maße binden und politisch zu nichts verpflichten«, als für die gemeinsamen Ziele zu handeln – wie die Opposition gegen den von der britischen Regierung zusammen mit den USA geführten Krieg auszudrücken und das dem palästinensischen Volk auferlegte Geschick anzuprangern –, ist es für Marxistinnen und Marxisten inakzeptabel, mit solchen Partnern ein Wahlbündnis zu schließen, d. h. eine Art von Bündnis, die eine gemeinsame Vorstellung von politischer und sozialer Veränderung voraussetzt.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Beteiligung an derselben Wahlliste mit einem islamischen Fundamentalisten den trügerischen Eindruck erweckt, dass er sich zum sozialen Fortschritt und zur Sache der Emanzipation der Arbeiter... und Arbeiterinnen bekehrt hat! Es ist nur logisch, dass diese Art von Bündnis die daran Beteiligten dazu führt, angesichts der unvermeidlichen Kritik ihrer politischen Konkurrenten, ihre aktuellen Verbündeten zu verteidigen und die tiefen Differenzen, die sie von ihnen trennen, kleinzureden oder gar zu verbergen. Sie werden so zu ihren Fürsprechern, ja sogar ihren Paten in-

nerhalb der fortschrittlichen sozialen Bewegung.<sup>10</sup>

Eine auf Wahlen ausgerichtete Politik ist eine sehr kurzsichtige Politik. Um einen Durchbruch bei den Wahlen zu erzielen, spielen in diesem Fall die britischen Trotzlisten ein Spiel, das den Aufbau einer radikalen Linken in ihrem Land zu untergraben droht.

Was sie dazu gebracht hat ist zunächst und vor allem ein wahltaktisches Kalkül: der Versuch, die Stimmen beträchtlicher Massen von Menschen mit Immigrationshintergrund zu gewinnen, die den von London und Washington geführten Kriegskurs ablehnen (nebenbei bemerkt entstand das Bündnis mit der MAB zu den Kriegen in Afghanistan und im Irak und nicht zum Krieg im Kosovo – und das hat seinen Grund!). Das Ziel als solches ist legitim, wenn sich das Anliegen, unter den Arbeiterinnen und Arbeitern mit Immigrationshintergrund zu rekrutieren, dadurch kundtut, der spezifischen Unterdrückung, der sie ausgesetzt sind, besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und dafür linke Aktivistinnen und Aktivisten, die zu diesen Gemeinschaften gehören, vor allem dadurch zu unterstützen, dass sie auf vordere Plätze der Wahllisten gesetzt werden. All das, was die französische radikale Linke verabsäumt hat.

Aber mit ihrem Entschluss, ein Wahlbündnis – wenn auch in begrenzter Weise – mit einer islamisch-fundamentalistischen Organisation einzugehen, dient die britische radikale Linke als Sprungbrett für jene Organisation, die so ihren eigenen Einfluss auf die Gemeinschaften mit Immigrationshintergrund ausweiten kann, anstatt sie als Rivalin zu betrachten, die ideologisch zu bekämpfen und organisatorisch zurückzudrängen ist. Früher oder später wird sich diese unnatürliche Allianz an einem Stolperstein stoßen und auseinander brechen. Die Trotzlisten müssen dann jenen die Stirn bieten, zu deren Wachstum sie um das Linsengericht eines Wahlergebnisses willen beigetragen haben, und es ist bei weitem nicht sicher, dass dieses Wahlergebnis ihren fundamentalistischen Partnern viel zu verdanken hat.

Es genügt, sich die Argumente anzusehen, mit denen die Fundamentalisten zur Stimmabgabe für RESPECT aufrufen (und auch für andere, wie den Londoner Bürgermeister, den linken Labour-Politiker Ken Livingstone, der in seiner Beziehung zu der islamischen Vereinigung noch opportunistischer ist als die Trotzlisten). Schauen wir uns die *fatwah* von Scheich Haitham Al-Haddad vom 5. Juni 2004 an, die auf der Webseite der MAB publiziert wurde.

Der ehrwürdige Scheich erklärt, dass

die Muslime, die im Schatten der von Menschen geschaffenen Gesetze leben, verpflichtet sind, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit das Gesetz Allahs, des Schöpfers, triumphiert und in allen Aspekten des Lebens zum Ausdruck kommt. Wenn sie dazu nicht in der Lage sind, sind sie verpflichtet zu versuchen, das Böse zu minimieren und das Gute zu maximieren.

Der Scheich betont weiters die Differenz zwischen »der Stimmabgabe für ein System unter mehreren Systemen und der Stimmabgabe für das beste Individuum unter mehreren Kandidaten in einem bereits bestehenden System, das den Menschen aufgezwungen wurde und das sie in der unmittelbaren Zukunft nicht verändern können«. »Es gibt keinen Zweifel«, fährt er fort, »dass die erste Art [der Stimmabgabe] ein gottloser Akt (*kufir*) ist, denn Allah sagt: »Nur Allah kann Gesetze erlassen«, während »die Stimmabgabe für einen Kandidaten oder eine Partei, die nach dem Gesetz der Menschen regiert,

nicht bedeutet, ihre Methode gutzuheißen oder zu akzeptieren«. Daraus folgt, »dass wir an der Wahl teilnehmen müssen, in der Überzeugung, dass wir dadurch versuchen, das Böse zu minimieren, während wir gleichzeitig geltend machen, dass das beste System die *shariah*, das Gesetz Allahs, ist«. Da die Stimmabgabe also zulässig ist, stellt sich noch die Frage, wer gewählt werden soll.

Die Antwort auf eine solche Frage erfordert ein tiefes und genaues Verständnis der politischen Arena. Folglich glaube ich, dass der Einzelne vermeiden sollte, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Er sollte diese Verantwortung lieber den führenden muslimischen Organisationen überlassen ... Es ist Sache der übrigen Muslime, die Entscheidungen dieser Organisationen zu akzeptieren und zu befolgen.

Als Schlussfolgerung ruft der ehrwürdige Scheich die Muslime Großbritanniens auf, den Wahlinstruktionen der MAB Folge zu leisten, und er endet mit einem Gebet: »Wir bitten Allah darum, dass er uns den rechten Weg weist und das Gesetz unseres Herrn, Allah, im Vereinigten Königreich und in anderen Teilen der Welt zum Sieg verhilft.« Diese *fatwah* benötigt keinen Kommentar. Die tiefe Unvereinbarkeit zwischen den Absichten des von der MAB konsultierten Scheichs und den Aufgaben, die sich Marxisten bei ihren Aktivitäten bezüglich der muslimischen Bevölkerung stellen oder stellen sollten, ist offenkundig. Es ist nicht Aufgabe der Marxisten um jeden Preis Stimmen zu gewinnen, wie es opportunistische Politiker tun, die vor nichts haltmachen, um gewählt zu werden. Eine Unterstützung wie jene von Scheich Al-Haddad ist eine vergiftete Gabe. Sie muss entschieden zurückgewiesen werden: Der Kampf um den ideologischen Einfluss unter den Bevölkerungen mit Immigrationshintergrund ist weit grundlegender als ein Wahlergebnis, wie erfreulich es auch sein mag.

Die radikale Linke in Großbritannien wie in Frankreich sollte zu einer Haltung zurückkehren, die mit dem Marxismus, auf den sie sich beruft, übereinstimmt. Andernfalls besteht das Risiko, dass der Einfluss der Fundamentalisten auf die muslimischen Bevölkerungen, ein Ausmaß erreicht, das extrem schwierig zu überwinden sein wird. Die Kluft zwischen diesen Bevölkerungen und dem Rest der Arbeiterinnen und Arbeiter in Europa wird dadurch nur noch größer. Diese Kluft zu überwinden ist aber eine der wesentlichen Bedingungen dafür, dass an Stelle des Zusammenpralls der Barbareien ein gemeinsamer Kampf gegen den Kapitalismus tritt. ★

Gilbert Achcar: Marxisme et religions, hier et aujourd'hui. In: Contre-Temps (Paris), Nr. 12, Januar 2005 (Übersetzung: Hans-Günter Mull).

#### Anmerkungen

- [1. K. Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: K. Marx/F. Engels: Werke (MEW), Bd. 1, Berlin 1981, S. 378–379.]
- [2. F. Engels: Flüchtlingsliteratur. In: MEW, Bd. 18, Berlin 1962, S. 532.]
- [3. F. Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmwerfs 1891. In: MEW, Bd. 22, Berlin 1963, S. 237.]
- [4. Siehe F. Engels: Flüchtlingsliteratur, S. 531–532.]
- [5. K. Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEW, Bd. 19, Berlin 1962, S. 31.]
- [6. F. Engels: Brief an Karl Kautsky vom 12. September 1882. In: MEW, Bd. 35, Berlin 1967, S. 357–358.]
7. Das mangelnde Verständnis der wichtigsten Organisationen der außerparlamentarischen marxistischen Linken in Frankreich in Bezug auf die Identität und die kulturellen Probleme der betreffenden Bevölkerung zeigt sich in der Zusammensetzung ihrer Listen für die Wahlen zum Europäischen Parlament: Sowohl 1999 als auch 2004 glänzten aus den früheren kolonisierten Bevölkerungen – insbesondere aus dem Maghreb oder aus Schwarzafrika – stammende Personen auf den vor-

deren Plätzen der gemeinsamen Listen von *Lutte Ouvrière* (LO) und *Ligue Communiste Révolutionnaire* (LCR) durch Abwesenheit, im Unterschied zu den Listen der Französischen Kommunistischen Partei (PCF), die doch so oft von diesen beiden Organisationen wegen ihres fehlenden antirassistischen Kampfes gebrandmarkt wurde. LCR und LO beraubten sich so auch eines Stimmenpotenzials unter den am meisten unterdrückten Schichten des Landes. Auf spektakuläre Weise kam dieses Potenzial 2004 im Resultat einer improvisierten Liste wie *Euro-Palestine* zum Ausdruck.

[8. W.I. Lenin: Sozialdemokratie und provisorische revolutionäre Regierung. In: Werke, Bd. 8, Berlin 1958, S. 282.]

[9. L. Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven der chinesischen Revolution. In: Schriften, Bd. 2, Hamburg 1990, S. 337.]

10. So ist Lindsay German, eine führende Genossin der britischen *Socialist Workers Party* (SWP) und des Bündnisses *Respect*, die Verfasserin eines Artikels im *Guardian* vom 13. Juli 2004, der auf der Webseite der MAB als »wunderbar« bezeichnet wurde. Unter der Überschrift »Ein Ehrenabzeichen« verteidigt die Autorin vehement das Wahlbündnis mit der MAB und erklärt, dass es für sie und ihre Genossinnen und

Genossen eine Ehre sei, dass sich die Opfer der Islamophobie ihnen zuwendeten. Dabei gibt sie eine überraschende Rechtfertigung für die Allianz: Die islamischen Fundamentalisten sind nicht die einzigen, die frauen- und schwulenfeindlich sind – die christlichen Fundamentalisten sind es auch. Außerdem sprechen immer mehr Frauen auf Antikriegsversammlungen für die MAB (wie auf den von den Mullahs im Iran organisierten Versammlungen, ließe sich hinzufügen). Die Faschisten der *British National Party* (BNP) sind weitaus schlimmer als die MAB. »Gewiss«, fährt Lindsay German fort, »manche Muslime – und Nichtmuslime – haben zu manchen sozialen Fragen konservativere Ansichten als die sozialistische und die liberale Linke. Aber dies sollte uns nicht daran hindern, in Fragen von gemeinsamem Interesse zusammenzuarbeiten. Würden wir bspw. in einer Kampagne für die Rechte der Schwulen darauf bestehen, dass alle daran Beteiligten dieselben Ansichten zum Irakkrieg haben?« Das letzte Argument ist vollkommen richtig, wenn es lediglich die Antikriegskampagne betrifft. Aber zur Rechtfertigung eines Wahlbündnisses wie *Respect*, mit einem weitaus umfassenderen Programm als eine Kampagne für die Rechte von Schwulen und Lesben, wird es zu einem völligen Scheinargument.